



Gerda
Hasselfeldt
CSU



hasselfeldts berliner notizen

informationen zur aktuellen bundespolitik

09.12.2015

Solidarität und Verlässlichkeit Gemeinsam weiteren IS-Terror verhindern

Es ist unumstritten, dass die Terrormiliz „Islamischer Staat“ aufgrund ihrer Gewaltideologie, die die Kämpfer weltweit zu unmenschlichen terroristischen Handlungen anleitet, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit bedroht. In Europa erleben wir eine neue Situation: Bisher wurden die Konflikte weit weg von uns ausgetragen. Doch mittlerweile kommen sie auch zu uns. Mit den menschenverachtenden Terroranschlägen in Paris vom 13. November 2015 hat der IS nicht nur Frankreich, sondern den europäischen Raum der Freiheit und des Rechts angegriffen. Dieser Angriff galt unserer Lebensweise und unseren Werten, er galt damit auch uns. Dass wir Frankreich schellst möglich Beistand leisten, ist nicht nur eine Frage der Solidarität für unsere französischen Freunde und eine Frage der Verlässlichkeit Deutschlands als Bündnispartner. Es ist auch ein deutliches Bekenntnis zu Europa und seinen Werten.

In der vergangenen Woche hat der Bundestag mit großer Mehrheit den Bundeswehr-Einsatz gegen den IS beschlossen. Damit signalisieren wir, dass Deutschland gemeinsam mit seinen Partnern in der internationalen Gemeinschaft entschlossen ist, konsequent gegen den Terrorismus des IS vorzugehen. Ziel ist es, ihn zu bekämpfen, ihm seine Rückzugsräume und Versorgungswege zu zerstören und ihm die Möglichkeit zu nehmen, Terroroperationen durchzuführen. Hier ist sofortiges Handeln erforderlich. Die Bekämpfung des IS erfolgt nach dem Ansatz der Vernetzten Sicherheit. Dieser umfasst diplomatische, entwicklungspolitische, polizeiliche und notfalls auch militärische Mittel. Grundlage ist die umfassende Strategie der Bundesregierung zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus, die den Zielen der EU-Strategie entspricht. Rechtsgrundlage des Einsatzes ist die UN-Resolution 2249, die die Mitgliedstaaten zur Bekämpfung des Terrors und Eindämmung des IS in Syrien und Irak aufruft. Im Mandat angeführt werden aber auch das Selbstverteidigungsrecht Frankreichs nach Artikel 51 der UN-Charta und die Bitte Frankreichs um Beistand nach Artikel 42 Absatz 7 des EU-Vertrages.

Konkret hat Frankreich Deutschland darum gebeten, den Kampf gegen den IS mit RECCE-Aufklärungstornados zu unterstützen. Das sind die modernsten Aufklärungsflugzeuge, die es derzeit weltweit gibt. Sie können gestochen scharfe Bilder aufnehmen und diese in Echtzeit übertragen. Die Bilder haben eine Detailtiefe, die Aufklärungsdrohnen nicht erreichen. So kann genau ermittelt werden, wo sich Stellungen, Infrastruktur und Einheiten des IS befinden. Damit ermöglichen wir eine zielgenaue Bekämpfung des Terroristen und tragen zugleich dazu bei, dass deutlich besser zwischen Zivilisten und Terroristen unterschied-

den werden kann. Diese Aufklärungsfähigkeiten werden ergänzt durch einen deutsch-französischen Aufklärungs-Satelliten. Entlasten werden wir Frankreich, indem wir einerseits mit einer Fregatte den französischen Flugzeugträger Charles de Gaulle schützen und andererseits Frankreich bei der Luftbetankung seiner Flugzeuge unterstützen. Für den laufenden Betrieb, die Versorgung und für Kontingentwechsel ist eine Mandatsobergrenze von insgesamt 1.200 Soldaten erforderlich. Tatsächlich im Einsatz werden voraussichtlich rund 700 Soldaten sein. Der Einsatz ist zunächst bis zum 31. Dezember 2016 befristet.

Der wichtigste strategische Pfeiler ist die Einigung der Syrien-Konferenz in Wien auf eine Art Fahrplan für einen politischen Übergangsprozess in Syrien in den nächsten 18 Monaten. Dabei stehen der Erhalt der syrischen Staatlichkeit und ein Transformationsprozess weg von Assad an oberster Stelle. An der Allianz gegen den IS, der 64 Staaten angehören, beteiligt sich die Bundeswehr bereits seit verganginem Jahr mit der Ausrüstung und Ausbildung kurdischer Peschmerga-Soldaten in Nordirak. Durch diese Unterstützung ist es den Kurden gelungen, den IS in Teilen zurückzudrängen und Gebiete zurückzuerobern.

Neben dem militärischen Engagement wird Deutschland auch seine zivile und humanitäre Unterstützung in Syrien, im Irak sowie den Nachbarländern Syriens ausweiten. Dort sollen Flüchtlinge, Binnenvertriebene und die Bevölkerung in den aufnehmenden Gemeinden unterstützt werden. Neben dem Kampf gegen den IS-Terror will Deutschland auch die französischen Streitkräfte entlasten und sein Engagement in Mali verstärken. Bis zu 650 Bundeswehrsoldaten sollen an der UN-Mission MINUSMA in Mali eingesetzt werden. Zudem steht medizinisches Personal der Bundeswehr bereit, um bei einem Notfall in Frankreich die französischen Behörden zu entlasten.

Niemandem fällt es leicht, deutsche Soldaten in die Mission in Syrien zu entsenden. Aber Deutschland als größter Staat in der Europäischen Union darf angesichts der aktuellen Lage nicht untätig bleiben. Die Terrorgefahr steigt dadurch nicht, wir sind bereits längst im Fadenkreuz. Aber es muss die Lage der Menschen in Syrien verbessert werden. Dies ist auch ein Beitrag, um weitere Fluchtursachen zu bekämpfen. Bis zur Befriedung Syriens ist es ein langer Weg, nicht zuletzt weil eine politische Vereinbarung aller an dem Konflikt Beteiligten schwierig werden wird. Aber ohne eine militärische Eindämmung des IS wird jede politische Lösung nahezu unmöglich sein.